

Interpellation Grünes Bündnis «Klimaneutrale Bürgergemeinde?»

Pierre-Alain Niklaus hat im Namen der Fraktion des Grünen Bündnisses am 8. Februar 2019 die Interpellation «Klimaneutrale Bürgergemeinde» eingereicht; sie ist gleichentags an den Bürgergemeinderat weitergeleitet worden.

Der Interpellant bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. *Gibt es eine Gesamtschau, wie gross die CO₂-Emissionen sind, welche durch die Bürgergemeinde beeinflusst werden können, insbesondere im Gebäudebereich?*

Das Bürgerspital Basel hat im Jahre 2018 eine CO₂ Analyse durchgeführt, um die grossen Emissionsquellen aufzudecken. Da der Strom und die Fernwärme bereits heute CO₂-frei eingekauft werden, haben die Gebäude sehr gute Werte.

Das Waisenhaus besitzt ausser dem eigenen Areal kaum Liegenschaften; gerade denkmalgeschützte Liegenschaften eignen sich jedoch weniger für CO₂-Analysen. Können auf dem Areal «denkmalschutzfrei» Liegenschaften errichtet oder umgebaut werden, so werden diese Arbeiten regelmässig energetisch hochstehend an die Hand genommen (z.B. Neubau Durchgangsgruppe im Jahr 2011 im MinergieStandard). Die Zentralen Dienste haben über das von Ihnen bewirtschaftete Liegenschaftsportfolio (zumindest bisher noch) keine CO₂-Analyse durchgeführt.

Alle Institutionen der Bürgergemeinde bemühen sich um einen energieeffizienten und emissionsarmen Betrieb ihrer Liegenschaften.

2. *Gibt es im Bereich Klimaschutz bei der Bürgergemeinde (und ihren Institutionen) Ziele, die über das gesetzliche Minimum hinausgehen?*

Die gesetzlichen Vorschriften bewegen sich im Kanton Basel-Stadt auf sehr hohem Niveau – der Klimaschutz ist durch den Gesetzgeber mit vielfältigen Vorschriften versehen. Diese werden vollumfänglich erfüllt.

Zur Erreichung von Zielen über der Gesetzgebung wird das Thema Umwelt- und Klimaschutz konsequent weiterverfolgt. Dabei konnte sich beispielsweise das Bürgerspital im Zuge der Audits zu den ISO-Zertifizierungen in den letzten Jahren (insbesondere ISO 14001 Umweltmanagement) mit positiven Einschätzungen der Auditoren zum Thema Klima- und Umweltschutz auszeichnen. Dabei wird eine kontinuierliche Verbesserungsstrategie in Zusammenarbeit mit den Auditoren verfolgt.

3. *Wie gross ist der Anteil an Gebäuden, die der Bürgergemeinde gehören und in näherer oder mittlerer Zukunft saniert werden müssen, so dass sie im Zuge der Planung auch systematisch auf energetische Optimierungen (inklusive eigene Energiegewinnung) überprüft werden könnten?*

Die zu sanierenden Gebäude sind in einer rollenden Mehrjahresplanung erfasst und definiert. Beim Thema Klima- und Umweltschutz wird bei jedem Umbau / jeder Renovation vom Gesetzgeber vorgegeben, die Gebäude energetisch optimal neu zu gestalten. Darüber hinaus werden zusätzliche Massnahmen laufend geprüft. Der letzte Neubau im Anlagevermögen des Bürgerspitals trägt denn auch konsequenterweise ein Minergielabel.

4. *Wie wird zur Zeit vorgegangen, um bei Sanierungen an Immobilien der Bürgergemeinde respektive an Immobilien der Institutionen der Bürgergemeinde das Potential an Energieeinsparungen, aber auch Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien abzuklären?*

Bei jeder Sanierung erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit Fachleuten, die objektbezogen auch das Potential an Energieeinsparungen sowie die Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien eruieren. Bereits seit Jahren werden an verschiedenen Standorten Photovoltaik-Anlagen und Fernwärmeheizsysteme betrieben. Diese werden, sofern wirtschaftlich sinnvoll und geografisch möglich, auch stetig aus.

5. *Wie sieht die bisherige Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt in diesem Bereich aus?*

Das Bürgerspital wird gemäss Energiegesetz als Grossverbraucher eingestuft. Dadurch besteht ein permanenter Austausch mit den zuständigen Behörden.

Das Waisenhaus besitzt, wie gesagt, ausser dem eigenen Areal nahezu keine Liegenschaften. Da dieses historische Areal denkmalgeschützt ist, besteht ohnehin enge Zusammenarbeit mit den kantonalen Behörden – gleiches gilt für das ebenfalls denkmalgeschützte Stadthaus. Zudem bestehen bei Umbauten, Erneuerungen und Sanierungen stets die verschiedensten Kontakte zu den zuständigen kantonalen Behörden.